

# Verpackungs-Systeme erhalten

Die aktuellen verpackungspolitischen Entwicklungen auf europäischer und nationaler Ebene standen im Fokus eines Austauschs von Vertreterinnen und Vertretern der wafg-Mitgliedsunternehmen mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Bettina Hoffmann.



wafg-Vizepräsident Henning Rodekoeh und wafg-Hauptgeschäftsführer Dr. Detlef Groß dankten der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Bettina Hoffmann MdB für den offenen Dialog.

**D**ie Vorschläge für eine EU-Verpackungsverordnung sowie zur Verpackungsgesetz-Novelle führen zu erheblichen Fragen und Herausforderungen. Ein intensiver fachlicher und politischer Austausch, was diese Pläne für die Branche und ihre Unternehmen bedeuten können, stand im Mittelpunkt der diesjährigen wafg-Mitgliederversammlung.

Gemeinsam mit Gästen aus dem Netzwerk diskutierten die Unternehmen diese Themen mit Frau Dr. Bettina Hoffmann, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), die in der Diskussion klarstellte: „Die Regeln, die wir uns setzen, müssen ambitioniert und praxistauglich ein. Daher ist der Austausch mit Ihnen aus der Praxis sehr wichtig“.

Die in Deutschland im Bereich bepfandeter Getränkeverpackungen bereits erreichten Ziele betonte im Ausgangspunkt wafg-Hauptgeschäftsführer Dr. Detlef Groß: „Die Systeme in Deutschland sind bei Rücklaufquoten zwischen 96 und 99 % international vorbildlich. Dies gilt für die effektive Wiederverwendung bei Mehrweg, ebenso aber auch für das etablierte System der DPG. Daher sehen wir mit Sorge, dass die aktuellen Vorschläge – insbesondere auf EU-Ebene – disruptiv nachteilige Auswirkungen auf diese bewährten Strukturen gewinnen können“.

Zu den aktuellen Plänen des Bundesumweltministeriums für eine Verpackungsgesetz-Novelle auf nationaler Ebene führte Groß aus: „Viele Akteure haben große Vorbehalte gegen eine nationale Gesetzgebung parallel zur EU-Regulierung. Besonders kritisch bewerten wir dabei die geplante Einführung einer umfassenden Rücknahmepflicht bei Mehrweg“. Die etablierten gesetzlichen Vorgaben bei der Rücknahmeverpflichtung von Mehrweg, die sich aus wohlbedachten Gründen auf die jeweils vom Händler angebotenen Mehrweggebinde beziehen, führten in der Praxis zu keinen relevanten Problemen –

Dr. Detlef Groß: „Die Systeme in Deutschland sind bei Rücklaufquoten zwischen 96 und 99 % international vorbildlich. Dies gilt für die effektive Wiederverwendung bei Mehrweg, ebenso aber auch für das etablierte System der DPG. Daher sehen wir mit Sorge, dass die aktuellen Vorschläge – insbesondere auf EU-Ebene – disruptiv nachteilige Auswirkungen auf diese bewährten Strukturen gewinnen können“.



## Info

Eine Verbände-Pressenmitteilung zur EU-Verpackungsverordnung finden Sie unter [www.wafg.de/verbaende-pm-ppwr](http://www.wafg.de/verbaende-pm-ppwr).

eine Änderung sei daher nicht zielführend: „Diese Maßnahme wird Mehrweg nicht stärken. Allerdings: Eine allgemeine Rücknahmepflicht wird zu erheblichen Belastungen bei vielen Unternehmen führen“. Auch die allgemeine Mehrweg-Listungspflicht mit Vorgaben zur Preisgestaltung sehe man sehr skeptisch.

Dr. Bettina Hoffmann erläuterte die Zielsetzungen der Vorschläge: „Es geht um die Vermeidung unnötiger Abfälle. Dabei spielt Mehrweg nicht die alleinige, aber eine wichtige Rolle. Als Verbraucherschutzministerium stellen wir dabei die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt“. Das Vorhaben ordnete die Parlamentarische Staatssekretärin auch mit Blick auf die EU-Verpackungsverordnung ein: „Wir sehen unsere Vorschläge als Vorbereitung auf das, was europäisch kommt. Die Kommission hat ambitionierte Vorschläge gemacht, die jetzt beraten werden“.

Die Beratungen im EU-Parlament hatten zuletzt neue Impulse gesetzt, von denen Groß im weiteren Verfahren strukturelle Verbesserungen erhofft: „Im anstehenden Trilog-Verfahren wird es eine große Aufgabe, angemessene Lösungen für den Erhalt der in Deutschland etablierten und erfolgreichen Systeme zu erreichen“.

Die Branche stehe dazu, die Verpackungssysteme ökologisch und ökonomisch weiter erfolgreich zu optimieren. Die Ziele, die Kreislaufwirtschaft zu stärken, bedürften mit Blick auf die praktisch umsetzbare Regelung laut Groß aber sinnvoller Konzepte: „In der aktuellen Lage benötigen wir Verlässlichkeit bei der Weiterentwicklung der rechtlichen Vorgaben. Gerade die mittelständisch geprägten Branchen der Getränkewirtschaft benötigen Planungssicherheit und Augenmaß“.

In der Diskussion wurden zahlreiche Themen zur Novelle der PPWR auf EU-Ebene sowie zur nationalen Regelung erörtert.



Zentrale Botschaft aus dem Netzwerk war die gemeinsame Bitte, die in Deutschland etablierten Systeme nicht als solche in Frage zu stellen.



## Risiken sehen

2024 stehen wichtige regulatorische Weichenstellungen mit der EU-Verpackungsverordnung und der Verpackungsgesetz-Novelle an. Die bei bepfandeten Getränken in Deutschland vorbildlichen Kreisläufe dürfen hierunter nicht leiden, sondern sollten weiter gestärkt werden.

Dazu bedürfen, vor allem auf EU-Ebene, die diskutierten weitreichenden Markteingriffe einer umfassenden und belastbaren Folgenabschätzung. Das gilt für EU-Vorgaben zu Mehrweg-Pflicht-Quoten oder eine Mehrweg-Listungspflicht im Handel, die oft keinen Bezug zu den etablierten Systemen haben. Keineswegs wird dies ohne Auswirkungen auf die Strukturen in der Branche bleiben. Gerade der Druck auf die regional verankerten kleinen und mittelständischen Abfüller, die sich traditionell bei Mehrweg engagieren, dürfte steigen.

Signifikante Nachteile für die Mehrweg-Kreisläufe dürfte auch eine allgemeine Rücknahmepflicht bei Mehrweg haben. Zusätzliche Mehrweg-Gebinde würden erhebliche Investitionen erfordern. Die logistisch komplexere Rückführung der Gebinde würde zu relevanten Kostensteigerungen führen, ohne dass ein ökologischer Mehrwert gesichert wäre.

Ein erhöhter Ressourceneinsatz und zusätzliche Transporte dürften jedenfalls nicht im Sinne der erhofften Umwelt- und Klima-Ziele sein. Der erste Blick zeigt: Bei diesen Regulierungen gilt es ökonomische und ökologische Folgen gründlich abzuwägen.

Dr. Detlef Groß, wafg-Hauptgeschäftsführer, [dgross@wafg.de](mailto:dgross@wafg.de)

## Kontakt

Wirtschaftsvereinigung  
Alkoholfreie Getränke e.V.  
(wafg)  
Tel.: 030 / 259 258-0

[mail@wafg.de](mailto:mail@wafg.de)  
[www.wafg.de](http://www.wafg.de)

